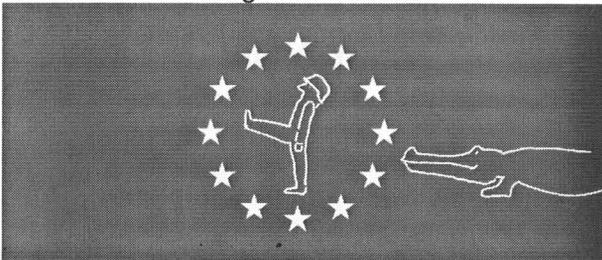


Zur EU-Werbung an den Schulen:

Wird durch die EU-Verfassung Europa "friedlich und vereint"?

Am 22. Januar 2007 fand in der ganzen Republik ein Europa-Tag an zahllosen Schulen statt. Verschiedene Politiker warben dort für das „vereinte Europa“ und für eine EU-Verfassung. Mitte März fand in Nürnberg ein Wettbewerb statt anlässlich der Verabschiedung einer von Frau Merkel verfassten und bis zuletzt geheim gehaltenen „Berliner Erklärung“, laut der „die Europäische Union bis (...) 2009 auf eine erneuerte gemeinsame Grundlage“ gestellt werden soll: Schulklassen sollten sich mit dem Thema Europa beschäftigen und eine „Nürnberger Schülererklärung“ verfassen. Die besten Erklärungen wurden ausgezeichnet von einer Jury, der neben anderen der Nürnberger SPD-Politiker Günter Gloser angehörte. Eine Berufsoberschülerin zog folgendes Resümee: „Wir können uns als EU doch viel besser behaupten gegenüber Staaten wie Russland, China oder den USA.“ So stellt sich das die Bundeskanzlerin wohl vor, wenn sie meint: „Die Jugendlichen sind unsere Verbündeten.“ Und so ging es munter weiter mit EU-Projekttagen an Schulen in Nürnberg und anderen Städten.



Wir sollen also für eine EU-Verfassung sein,

- die in Artikel I-41 stehen hat: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“ **Das bedeutet Zwang zur Aufrüstung und ist ein massiver Eingriff in die Eigenständigkeit anderer Staaten, der auch Auswirkungen auf deren Wirtschafts- und Sozialpolitik hat!** Z.B. könnte Belgien nun unter Berufung auf die EU-Verfassung veranlasst werden, seine Sozialausgaben durch Erhöhung des Rentenalters von 58 auf 60 Jahre zu senken und stattdessen mehr in Rüstung zu investieren.

- die im gleichen Artikel die Einrichtung einer „Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung (Europäische Verteidigungsagentur)“ verlangt und deren konkrete Aufgaben in Artikel III-311 festschreibt, damit hier auch nichts dem Zufall überlassen bleibt!

Diese Agentur existiert bereits – ohne EU-Verfassung! Im Jahre 2005 hat sie mit 80 Mitarbeitern und 25 Mio. € Budget ihre Arbeit aufgenommen. Die EU-Kommissarin Ferrero-Waldner, sagt dazu: „Mit der neuen Europäischen Verteidigungsagentur wird die Entwicklung militärischer Kapazitäten vorangetrieben.“

Wofür das ganze? Für „Missionen außerhalb der Union zur Friedenssicherung, Konfliktverhütung und Stärkung der internationalen Sicherheit in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen.“ (Artikel I-41)

Mit anderen Worten: Für weltweite Kriegseinsätze!

(Und was „Grundsätze“ betrifft, haben diese immer die Eigenschaft, dass sie unverbindlicher und auslegbarer sind als konkrete Bestimmungen...)

- nach der bei Abstimmungen eine qualifizierte Mehrheit von 55% der Staaten gilt, die gleichzeitig 65% der Bevölkerung aller EU-Staaten zusammen genommen repräsentieren. Damit würde sich das Gewicht der BRD im Ministerrat, dem zentralen Beschlussorgan in der EU, von 8,4% auf 17% verdoppeln. Frankreich, Großbritannien und Italien hätten jeweils 12% und Spanien und Polen 8%. Für die anderen 21 EU-Staaten bleiben dann gerade noch 31%! Die BRD bräuchte z.B. nur Italien und Frankreich, um alle Entscheidungen, die „nicht passen“, zu blockieren – de facto ein Vetorecht, während die kleineren Staaten nichts zu melden hätten.

Ist eine „gemeinsame Politik“ unter solchen Bedingungen dann einmal beschlossen, gilt Artikel I-16: „Die Mitgliedstaaten unterstützen die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Union aktiv und vorbehaltlos im Geiste der Loyalität und der gegenseitigen Solidarität (...). Sie enthalten sich jeder Handlung, die den Interessen der Union zuwiderläuft oder ihrer Wirksamkeit schaden könnte.“ **Das kommt einem Diktat gleich!** Ein Beispiel: Der Rat der EU-„Verteidigungs“-minister beschließt einstimmig einen Militäreinsatz im Kongo, der ein Jahr dauern soll. Österreich stellt dafür 100 Soldaten bereit. Ein halbes Jahr später wird in Österreich eine neue Regierung gewählt, die diesen Krieg nicht mehr unterstützen will.

Könnte diese Regierung die Soldaten aus dem Kongo abziehen, ohne „der Wirksamkeit der Interessen der Union zu schaden“?

Oder ist sie dann laut EU-Verfassung nicht eher gezwungen, „die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Union aktiv und vorbehaltlos im Geiste der Loyalität und der gegenseitigen Solidarität“ zu unterstützen?

Im Juni 1999 fand in Köln ein EU-Gipfel statt, auf dem der „Aufbau von wirksameren europäischen militärischen Fähigkeiten auf der Grundlage der bestehenden nationalen, binationalen und multinationalen Fähigkeiten“ beschlossen wurde. Die Bundeswehr war zu diesem Zeitpunkt bereits „Hauptträger und Gravitationszentrum multinationaler Strukturen und eigentliches Fundament für die multinationalen Korps“, wie der damalige Heeresinspekteur voller Stolz erläuterte. In der 60.000 Mann starken EU-Armee stellt die Bundeswehr mit 18.000 Soldaten den größten Anteil.

Wird in der EU nur nach außen gerüstet?

Im Mai 2005 wurde auf deutsche Initiative der so genannte Vertrag von Prüm geschlossen, den Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Österreich und Spanien unterzeichneten. Finnland, Italien, Portugal und Slowenien haben bereits ihre Beitrittserklärungen zu dem Vertrag abgegeben.

Vorgesehen ist die gegenseitige Vernetzung nationaler polizeilicher Datenbanken. Ermöglicht werden soll der Zugriff auf alle Daten, beispielsweise Fingerabdruck- und Kraftfahrzeugregisterdaten. In Österreich mussten die Datenbanken zu diesem Zweck erst zentralisiert werden. So wird von Berlin aus in andere Länder hinein regiert.

Weiterhin soll die Polizei im jeweiligen Nachbarland eingesetzt werden und sogar hoheitliche Befugnisse bekommen. Das bedeutet, sie kann in Vereinbarung mit dem jeweiligen Vertragsland dort exekutiv eingreifen, also Menschen anhalten, durchsuchen und verhaften. Dies ist eine alte deutsche Forderung: Schon im Frühjahr 1996 erklärte ein Staatssekretär von Helmut Kohl anlässlich der Währungsunion: „Wir werden unsere deutschen Polizeibeamten nur dann in Euro bezahlen, wenn sie in der EU auch grenzüberschreitend tätig sein dürfen.“

Bundesinnenminister Schäuble will nun, dass dieser an der EU vorbei geschlossene Vertrag EU-Recht wird. Die Vorgehensweise ist typisch: Erst werden unter deutscher Führung Fakten geschaffen, andere Staaten sehen sich im Zugzwang und schließen sich an und dann wird versucht, das ganze dem Rest der EU aufzudrücken!

Dazu sagen wir: Nein! Und Du?

Wir waren dabei, als am 13. Mai 2006 in Berlin z.B. ein Krokodil aus der Spree kroch und abends über Potsdam ein zweimotoriges Flugzeug aus dem letzten Weltkrieg unter Luftschutzalarm auftauchte. Mit dabei waren auch Veteranen aus Frankreich, Großbritannien, der UdSSR und den USA, sowie viele anderen Akteure der 2-tägigen Antikriegsaktion "Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER". Dazu gibt es jetzt den Film. Premiere der Kinofassung ist am

Sonntag 13. Mai 2007 • 13 Uhr
Kino Babylon
am Rosa Luxemburg-Platz, Berlin

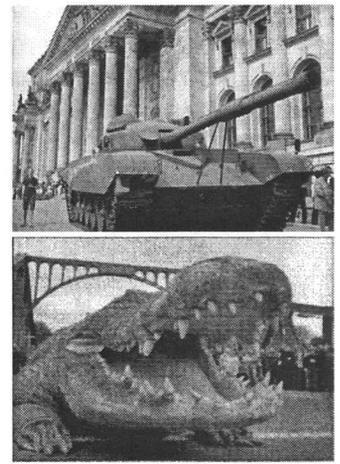
Hast Du Lust zur Film Premiere mit zu fahren?
Oder möchtest Du mehr Informationen zur Aktion oder zu Europa haben, dann melde Dich bei:

Himmlische Vier Unterstützerkreis Nürnberg
E-Mail: himmlische-vier-nbg@freenet.de

FILMPREMIERE

der KINOFASSUNG von

Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER



www.HimmlischeVier.de